- B E S C H L U S S -
Schleswig-Holstein-Rat, 20.03.2004, Neumünster

JUNGE UNION Schleswig-Holstein

Politischer Islamismus und Islam in Deutschland
Positionspapier der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein

1. Einleitung
Das Interesse an der muslimischen Minderheit in Deutschland ist seit den Anschlägen vom 11.September 2001 größer denn je. Eine sachliche Debatte um die Integration muslimischer Mitbürger in Deutschland ist schwer zu führen, da dabei zu meist die Angst vor politischem Islamismus und Terrorismus überwiegt.

Wie steht es um die Integration der etwa drei Millionen in Deutschland lebenden Muslime? Reicht es, lediglich Loyalität gegenüber den Wertvorstellungen der christlich, abendländischen Kultur zu fordern, um eine gemeinsame Identität zu schaffen? Der Islam ist die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Wie verhält sich die Gesellschaft gegenüber der religiösen Minderheit? In welchem Maße müssen sich religiöse Minderheit und Mehrheitsgesellschaft aneinander anpassen? Wie begegnet man Parallelgesellschaften? Darf eine Muslima im Staatsdienst das Kopftuch tragen? Antworten auf diese Fragen versucht die JUNGE UNION Schleswig-Holsteins im folgenden zu finden.

2. Islamismus
Dem Islamismus als politische Ideologie hängt nur eine kleine Minderheit der Muslime in Deutschland an. Der Islamismus instrumentalisiert als Ideologie die Religion für politische Zwecke. Religion und Politik sind für Islamisten eine untrennbare Einheit. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung der politisch-religiösen Vorstellungen der Islamisten auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Politische Absicht ist die Errichtung eines einzigen weltweiten islamischen Staats, eines „Kalifats“ - notfalls mit Gewalt. Kernpunkte der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung” sind,
- ► die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,
- ► die Einheit von Staat und Religion,
- ► die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, vom Menschen nicht abänderbares System („Scharia”).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Akzeptanz der bereits in Deutschland bestehenden islamischen Gruppen, Vereine und Verbände ist daher abhängig von einer klaren Distanz und Trennung zu diesen islamistischen Gruppierungen und Organisationen.

Weltweit gibt es ein Netz islamistischer Organisationen und Terrorgruppen. Deutschland wird dabei schon seit längerem unterwandert. Die Hamburger Terrorzelle um Mohamed Atta hat Deutschland als Ruhe- und Vorbereitungsraum für die Anschläge des 11.September in den Vereinigten Staaten von Amerika genutzt.
In einigen Ländern gibt es immer noch Hinweise auf eine staatliche Unterstützung international agierender terroristischer Gruppen. Hierzu gehören offensichtlich Syrien, Sudan und der Iran. Darüber hinaus wird in vielen Staaten der Kampf gegen Terroristen und deren finanzielle Ausstattung nicht ausreichend geführt. Zu nennen sind hier u. a. Pakistan, Saudi-Arabien und Algerien.

Mittlerweile zeigt der Anti-Terrorkampf nach dem Anschlag auf das World Trade Center Erfolge . Viele Anführer wurden verhaftet, Konten eingefroren, Kontaktwege abgeschnitten. Doch die wichtigsten Köpfe von islamistischen Organisationen, wie z. B. Al Quaida, sind noch auf freiem Fuß. Die islamistischen Anschläge von Madrid haben in trauriger Deutlichkeit gezeigt, dass das Netzwerk Al Quaida weit gehend intakt ist.
Die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten und deren Geheimdienste müssen intensiviert werden. Die Nachrichtendienste müssen personell und finanziell stärker ausgestattet werden. Der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit gerade

europäischer Staaten und Geheimdienste muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Die Europäische und transatlantische Gemeinschaft muss alle Anstrengungen unternehmen, der islamistischen Bedrohung zu begegnen. Hierbei ist einmal als islamistisch in Erscheinung getretenen Ausländern schnellstmöglich der Aufenthalt in Deutschland zu verweigern.

Die konsequente Beobachtung und Bekämpfung extremistischer und fundamentalistischer Tendenzen und Aktivitäten islamistischer Gruppen, wie Milli Görüs, die größte islamistische Organisation in Deutschland, und ihrer Anhänger durch die Nachrichtendienste muss gestärkt und unterstützt werden.

Neben der Verstärkung der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten fordert die JUNGE UNION eine personelle und materielle Aufstockung des Bundesgrenzschutzes und der Polizeikräfte der Länder, um einen besseren präventiven Schutz im Inland auch vor religiös begründeten terroristischen Aktionen gewährleisten zu können.
Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei imminenten Bedrohungen muss nach Ansicht der JUNGEN UNION in der Zukunft möglich sein, da die Bundeswehr vor allem in den Bereichen Objektschutz, Luftraumsicherung und ABC-Abwehr über Sachverstand und notwendiges Material verfügt und damit die vorhandenen Ordnungs- und Sicherheitskräfte ergänzt.

Um den Anforderungen der Bekämpfung des politischem Extremismus gerade auch bei islamistischen Bestrebungen zu entsprechen, fordert Die JUNGE UNION die Kooperation der Verfassungsschutzbehörden der norddeutschen Bundesländer (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern) und die Schaffung eines „Norddeutschen Amtes für Verfassungsschutz.

3. Integration
Nur die Integration der Muslime in die Gesellschaft kann helfen, Vorurteile gegenüber dem Islam abzubauen und Ausgrenzung zu verhindern. Der Islam muss daher vom politischen Islamismus getrennt betrachtet werden.
Die JUNGE UNION bekennt sich zu den christlichen Werten unserer Kultur. Das Ziel der JUNGEN UNION ist aber auch Toleranz im Miteinander der Religionen. Die Religiösität ist solange, wie sie nicht in Extremismus umschlägt, für die Menschen und die Gesellschaft grundsätzlich ein stabilisierendes Element. Die Integration der Muslime muss weiter vorangetrieben werden.
Es besteht ein Bildungs- und Informationsdefizit in Bezug auf den Islam und die Muslime. Die JUNGE UNION erkennt den Islam als eine gleichberechtigte Weltreligion an. Für die JUNGE UNION ist die soziale und strukturelle Integration der Muslime die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland. Die Existenz von Moscheen, Gebetsräume und “Koranschulen” gehören zur Integration der Muslime in Deutschland und dürfen nicht zu Intoleranz führen. Gezielte und objektive Aufklärung mit dem Ziel der Sensibilisierung für den Umgang mit Migranten und Andersgläubigen muss stattfinden.

Bei den Muslimen in Deutschland ist ein Unterschied beim Grad der Integration zwischen der ersten Generation und den folgenden Generationen festzustellen. Die erste Generation der Muslime kam als Gastarbeiter nach Deutschland. Dass Deutschland vom Gastgeber zur Heimat werden sollte, war von beiden Seiten ursprünglich nicht vorgesehen. Die Integration der ersten Generation leidet, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, besonders an schlechten Deutschkenntnissen der Muslime. Das Erlernen der deutschen Sprache spielt daher auch hier eine Schlüsselrolle.
Die zweite Generation steht zwischen Familie und der “restlichen” Gesellschaft. Gerade bei muslimischen Jugendlichen findet eine Wandlung und Umorientierung statt. Für sie haben sowohl kulturelle Werte der Herkunftskultur als auch die Kultur der hiesigen Gesellschaft einen gewissen Stellenwert. Sie müssen sich in beiden Kulturwelten Gehör verschaffen. Hierfür müssen Sie sich ihren Weg durch alle sozialen Widrigkeiten bahnen. Dabei stoßen sie häufig auf Ablehnung.
Die dritte Generation orientiert sich zunehmend wieder an einem fundamentalistischem Islam. Insbesondere die Ghettoisierung von Muslimen, Cliquenbildung unter den Jugendlichen, schlechte Schulbildung und geringe Berufschancen fördern diese Entwicklung. Dem muss durch staatliches Handeln entgegengewirkt werden.
Debatten um die Integration dürfen nicht nur im politischen Raum oder in der Wissenschaft, sondern müssen in einer breiten Öffentlichkeit geführt werden, um die Menschen für die Probleme zu sensibilisieren und um Vorurteile abzubauen.

Integration erfordert andererseits von den Muslimen, neben dem Erlernen der deutschen Sprache, sich für unsere Staats- und Verfassungsordnung klar zu entscheiden und sich in unsere sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen. Dies bedeutet, dass die Werteordnung der christlich-abendländischen Kultur

akzeptiert wird. Das heißt nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Prägung, aber in den für das Zusammenleben geltenden Wert- und Ordnungsrahmen. Die JUNGE UNION lehnt die Existenz von Parallelgesellschaften strikt ab und will verhindern, dass diese weiter bestehen und entstehen können.

Die JUNGE UNION fordert daher:
- ► die Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache und verstärkte Förderung von Sprachkursen
- ► von allen hier lebenden Muslimen das uneingeschränkte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Anerkennung der gewachsenen christlich-abendländischen Weltkultur
- ► die Bereitschaft von Muslimen und islamischen Organisationen, sich von verfassungsfeindlich agierenden Gruppen zu distanzieren und zu trennen
- ► Stadt- und Landesplanung müssen der Bildung von ghettoähnlichen Strukturen entgegenwirken und die bereits bestehenden auflösen
- ► Eine stärkere Kommunikation zwischen und Kooperation mit "islamischen" Organisationen und Kommunen sollen angestrebt werden

Ziel der JUNGEN UNION ist eine nachhaltige Integrationspolitik für die Muslime in Schleswig-Holstein. Der grundlegende Dialog zwischen den Religionen steht dabei gleichwertig neben den vielen Alltagsfragen der Integration. Schon auf kommunaler Ebene muss es gelingen, Ansprechpartner für die Muslime und die islamischen Organisationen zu finden.

Muslime in der Schule

Eine Integration der Muslime kann nur funktionieren, wenn muslimische und nichtmuslimische Kinder in der Schule gemeinsam unterrichtet werden. Eine Sonder- oder Außenseiterstellung der muslimischen Kinder muss unbedingt vermieden werden. Die JUNGE UNION fordert daher die verpflichtende Teilnahme aller Schüler an den im Lehrplan vorgesehenen Fächern. Unterrichtsbefreiungen für zumeist muslimische Schülerinnen im Biologie-, Sport- oder Schwimmunterricht darf es nicht geben. Ebenso muss die Teilnahme an Klassenfahrten durchgesetzt werden.

Auch die kulturelle und religiöse Erziehung junger Muslime muss auch in den Schulen stattfinden. Die Vermittlung religiöser und kultureller Grundkenntnisse des Islam in deutscher Sprache soll an schleswig-holsteinischen Schulen für junge Ausländer erteilt werden.
Deutschkenntnisse sind bei Kindern grundsätzlich ein Jahr vor Beginn der Schulpflicht abzuprüfen, um mit Sprachförderungskursen die Kinder ausländischer Mitbürger auf den Schulunterricht vorzubereiten.
Der Anteil an nicht-deutschsprachigen Kindern in einer Klasse soll nie mehr als 50% betragen.

4. Der Kopftuchstreit in Deutschland

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr der Klage der Lehrerin Fereshta Ludin gegen das Land Baden-Württemberg verhandelt hatte und die Länder damit aufgefordert hat, per Gesetz das Problem mit kopftuchtragenden Lehrerinnen zu regeln, entbrannte in Deutschland eine große, teilweise auch sehr emotional geführte Debatte, um das Tragen des Kopftuches im Schuldienst. So legten einige Bundesländer in den vergangenen Wochen erste Gesetze vor, die das Tragen des Kopftuches von Lehrerinnen im Unterricht verbieten sollen. Die Argumente der Befürworter des Kopftuchverbotes sind verschieden. Einige sollen hier auszugsweise aufgeführt werden:
- ► Das Kopftuch ist ein Symbol für die Unterdrückung der Frau.
- ► Fühlt sich die Kopftuchträgerin den Werten des Grundgesetzes gegenüber verpflichtet?
- ► Das Kopftuch ist auch ein politisches Symbol.
- ► Der Staat hat ein Neutralitätsgebot gegenüber den Schülern zu wahren.
- ► Das Kopftuch betont das Anderssein und behindert die Integration.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher ein Verbot des Kopftuches bei folgenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes: Lehrer und Hochschullehrer, Richter, Staatsanwälte und bei Berufen, bei denen Uniformpflicht besteht.